



Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform auf den Weg bringen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/220 -

Präsident Carius:

Es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Henke. Erlauben Sie sie?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Nur die eine Zwischenfrage? Am Ende, Herr Präsident.

Präsident Carius:

Am Ende.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Nach unserer Überzeugung ist künftig der Weg zur Kreisverwaltung die Ausnahme. Das Optimum wäre, dass der Bürger überhaupt nicht mehr dorthin muss, sondern er erledigt alles in der Gemeinde. Übrigens, Herr Kellner, Bürgernähe hat nichts mit Entfernung zu tun, sondern mit Strukturen, wie geht Verwaltung mit Bürgern um.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Wir haben in Thüringen jetzt schon eine Struktur, die sehr differenziert ist. Es gibt Bürger, die wohnen neben dem Rathaus und fühlen sich nicht einbezogen und damit ist die Verwaltung ganz weit weg. Und wir haben Verwaltungen, da muss ich zwar 30 Kilometer fahren, aber die fühlen sich eingebunden und haben damit überhaupt kein Entfernungsproblem. Also auch das, gehe ich davon aus, ist mehr emotionsgeladen und hat mit der kommunalen Praxis nicht einmal mehr ansatzweise zu tun.

Jetzt wäre ich bereit.

Präsident Carius:

Herr Kuschel, wunderbar! Dann erteile ich Herrn Henke das Wort für die Zwischenfrage.

Abgeordneter Henke, AfD:

Herr Kuschel, wie ich Ihrer Rede entnehmen konnte, halten Sie die Verwaltungsgemeinschaften für nicht effizient genug, um diese Arbeiten durchzuführen?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Sie sind ein Auslaufmodell und sie sind insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass sie Mehrfachbeschäftigungen für jede einzelne Mitgliedsgemeinde erbringen müssen und damit fehlen Ressourcen, tatsächlich die Verwaltung für zukunftsfähige Aufgaben einzusetzen. Nehmen Sie Ranis-Ziegenrück, ich glaube 19 Mitgliedsgemeinden, die müssen also 20 Haushalte bewirtschaften, 19 Friedhofssatzungen und 19 Straßenausbaubeitragssatzungen. Die kommen gar nicht mit dem Sitzungsdienst hinterher, geschweige denn, dass sie sich mit solchen Fragen wie Bürgerbeteiligung und Entwicklung der Region beschäftigen können. Insofern haben Sie recht, sind Verwaltungsgemeinschaften für uns nicht mehr zukunftsfähig.

Präsident Carius:

Herr Kuschel, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Sehr gern.

Abgeordneter Henke, AfD:

Aber die Verwaltungsgemeinschaften sind doch eigentlich die Strukturen, die Sie erst schaffen wollen. Sie hätten also schon eine Struktur, mit der Sie arbeiten könnten. Warum? Ich sehe nicht ein, dass das nicht effizient genug ist.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Ich weiß nicht, wie Sie jetzt auf den Gedanken kommen, dass wir Verwaltungsgemeinschaften schaffen wollen, die sind 1994 geschaffen worden. Wir haben formuliert: Spätestens seit 2004 hätte man über eine Umwandlung der Verwaltungsgemeinschaften ernsthaft auf Landesebene nachdenken müssen.

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Kuschel. Jetzt ist Ihre Redezeit auch erschöpft. Nun hat das Wort der Abgeordnete Höhn für die SPD-Fraktion. Nein? Dann hat das Wort der Abgeordnete Henke für die AfD-Fraktion.

Abgeordneter Henke, AfD:

Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Abgeordnete, werte Gäste, wir haben ja heute und gestern auch ein Lehrstück in gelebter Demokratie erlebt und ich freue mich, heute sagen zu können: Es geht auch anders. Herr Ministerpräsident Ramelow, ich bedanke mich bei Ihnen für die kurzfristige Hilfe bei der Flut, dass Sie uns da so toll unterstützt haben im Verbund mit der Staatskanzlei. Ich muss sagen, das hat uns sehr geholfen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber jetzt komme ich zum Punkt: Zwei Jahrzehnte dreht sich dieses Hohe Haus hier im Kreis um eine Gebietsreform und wir stellen heute fest, wir brauchen das Rad nicht neu zu erfinden. Wir haben eine gefestigte Struktur, die zwei Jahrzehnte funktioniert hat, trotz aller Unkenrufe, trotz aller Gebietsreformen, die hier angestrengt worden sind. Warum wollen wir Geld in die Hand nehmen, Zeit und Ressourcen vergeuden bei einer Sache, die 20 Jahre funktioniert hat?

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Deswegen machen wir ein Hilfsprogramm nach dem anderen!)

Das ist ganz einfach so.

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter Henke, es gibt eine Zwischenfrage der Abgeordneten Mühlbauer. Gestatten Sie diese?

Abgeordneter Henke, AfD:

Bitte.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Herr Henkel ...

Abgeordneter Henke, AfD:

Ohne „L“ bitte.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Herr Henke, Entschuldigung.

Die Stadt Arnstadt und die Stadt Plaue haben schon seit längerem einen Beschluss gefasst, auch im Rahmen der Freiwilligkeit gemeinsam zu fusionieren. Leider ist – der Bürgermeister der Stadt Plaue ist ja heute auch unter uns – es uns nicht möglich gewesen, die Stadt Plaue freiwillig aus der VG herauszulösen. Wie erklären Sie das unter einem funktionierenden System?

Abgeordneter Henke, AfD:

Also ich gehe von meiner Verwaltungsgemeinschaft aus. Wir haben die Stadt Schkölen integriert, das hat wunderbar geklappt. Wir haben eine schöne Größe in der Verwaltungsgemeinschaft, die funktioniert. Und es kommt hinzu, was die Bürger immer zuerst sehen, sind die kurzen Wege. Wir haben einen demografischen Faktor, der hier in Thüringen ganz besonders im ländlichen Raum zu Buche schlägt, das heißt, die Wege werden mit ihrer Gebietsreform wesentlich weiter, komplizierter und kosten auch mehr Geld. Sie legen es einfach nur auf die Bürger um. Das sagen Sie aber hier nicht. Das ist einfach so.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Nein, nein!)

Wir müssen kein System verändern, das funktioniert. Sie haben doch 20 Jahre damit gelebt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es funktioniert doch aber nicht!)

Natürlich funktioniert es! Wie haben Sie denn bis jetzt regiert, wenn es nicht funktioniert?

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Deswegen machen wir ein Hilfsprogramm nach dem anderen, weil es nicht funktioniert!)

Hilfsprogramm! Sie sollten lieber Ihre Ressourcen in die Verwaltungsgemeinschaften stecken. Die haben eine Struktur vor Ort. Da muss man ein bisschen nachbessern.

(Beifall AfD)

Die Leute kennen sich vor Ort aus, das ist doch so. Die haben doch die Kommunalpolitik umgesetzt, die Sie hier beschlossen haben. Das ist doch so! Wie gesagt, die AfD steht dazu: Wir brauchen diese Gebiets- und Kommunalreform nicht. Wir haben bestehende Strukturen, die finanziell abgesichert sind. Da kann man drin stellen und kann bestimmte Sachen noch verändern, aber ansonsten unterstützen wir diese Sache nicht. Ich bedanke mich.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Henke. Nun hat das Wort Herr Abgeordneter Adams für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

[...]

Präsident Carius:

Kollege Adams, es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Henke. Lassen Sie die zu?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bei der Kürze unserer Redezeit gern am Ende, wenn was übrig ist, auf jeden Fall.

Präsident Carius:

Okay.

[...]

Präsident Carius:

Sie hatten noch eine Zwischenfrage – und Redezeit hatten Sie auch noch – von dem Abgeordneten Henke.

Abgeordneter Henke, AfD:

Danke, Herr Adams, dass Sie mir noch einmal das Wort erteilen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Präsident.

Abgeordneter Henke, AfD:

Was sind denn die angesprochenen richtungsweisenden Schritte, die Sie erwähnt haben? Das würde mich wirklich interessieren.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der richtungsweisende Schritt ist die Entscheidung dieser koalitionstragenden Fraktionen, der Mehrheit dieses Landtags, zu sagen, wir werden in dieser Legislatur eine Gemeinde- und Gebietsreform durchführen. Dazu werden wir die Landesregierung heute mit dem Antrag bitten, ein Leitbild auf den Weg zu bringen, zu erstellen. Dieses Leitbild können Sie – ich würde mal sagen, wenn Sie sich die Entschließungsanträge der letzten Legislatur ansehen, wenn Sie sich ansehen, was in unseren Parteien beschlossen wurde, und wenn Sie sich ansehen, was die letzte Koalition in einem Expertengutachten hat erarbeiten lassen, dann werden Sie sehen, dass das sicherlich die Grundpfeiler – ich will da aber der Landesregierung nicht vorgreifen – für ein solches Leitbild sein werden. Und wir haben festgelegt, dass wir ein Vorschaltgesetz auf den Weg bringen werden, um Fragen zu lösen, die dann in der Zukunft liegen, die mit dieser Gebietsreform zusammenhängen. Das sind die Entscheidungen. Diese Entscheidungen sind bisher in Thüringen nie getroffen worden und das ist das wirklich Neue.

Präsident Carius:

Herr Adams, es gibt eine weitere Zwischenfrage vom Abgeordneten Kellner. Lassen Sie diese zu?